

**Gewerkschaft
der Polizei**



**Landesvorstand
Hessen**

Wiesbaden, 17. Juli 2014

Stellenstreichungen in der Landesverwaltung Stellenabbau bei der Polizei – „unsäglich und falsch“

„Der Stellenabbau bei der hessischen Polizei war unsäglich und falsch“.

So nannte der ehemalige Innenminister Boris Rhein im Herbst 2010 die politische Entscheidung, im Rahmen der PVS Stellen im Polizeivollzug und im Tarifbereich zu streichen.

Heute, weniger als vier Jahre später, ist die hessische Landesregierung wieder auf dem gleichen Weg.

Innenminister Beuth kündigte an, im gesamten Innenressort bis 2019 insgesamt **480** Tarifstellen zu streichen.

Im Bereich der Polizei sollen 147,5 Stellen nicht wieder besetzt werden.

Die Tatsache, dass der Polizeivollzug und die Wachpolizei von diesen Einsparmaßnahmen nicht betroffen sein sollen, ist nur ein schwacher Trost. Es darf nicht wieder passieren, dass fehlende Stellen im Tarifbereich durch Vollzugskräfte ausgeglichen werden und die Präsenz auf der Straße leidet.

Wir alle kennen und spüren noch heute die Auswirkungen von damals.

Unsere Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich arbeiten bereits an der Belastungsgrenze.

Eine weitere Arbeitsverdichtung durch Stelleneinsparungen ist unverantwortlich und nicht mehr vermittelbar!

Innenminister Peter Beuth muss erklären, wie er die Stellenstreichungen ohne weitere Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen kompensieren will.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen, Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

GdP-Landesbezirk Hessen, Geschäftsstelle, Tel. 0611-99227-50

Homepage: www.gdp.de/hessen